

Die Staatsreform.

Es steht heute unbestreitbar fest, daß wir in Deutschland wenigstens auf die Dauer mit einer Republik zu rechnen haben. Es fragt sich nur, nach welcher Richtung hin im Einzelfall jede Republik sich gestalten wird. Jeder Realpolitiker wird zugeben müssen, daß wir in Deutschland nur vor der Möglichkeit stehen, entweder eine demokratische Republik oder eine sozialistische Republik, niemals aber ein Staatswesen mit imperialistischen Tendenzen, zu errichten. Die Aussichten für die eine oder die andere Form bestehen selbstverständlich heute. Die Entscheidung kann aber erst gefällt werden, wenn die Nationalwahlen beendet sind. Aus dem Gesamt-Abstimmungsergebnis wird man ersehen, ob die Mehrheit des Volkes für eine sozialistische Republik eintritt, oder ob sie eine demokratische vorzieht.

Was ist demokratische Republik und was ist sozialistische Republik? Beide Staatsformen unterscheiden sich klipp und klar voneinander. Sie schwimmen nicht ineinander hinein, wie sie auch im Einzelfall der Durchführung zu verschiedenen Resultaten führen können. Der Unterschied zwischen beiden ist eben jener Wesensunterschied, der zwischen Demokratie und Sozialismus überhaupt besteht. Es fragt sich nur, ob wir in Deutschland zurzeit daran sind, daß Sozialisten und Demokraten sich nähern oder sich voneinander entfernen. Vor dem 9. November hatten wir auch sozialistische Parteien. Neben ihnen bestanden demokratische Parteien. Beide hatten viel Gemeinsames. Sie unterschieden sich in grundsätzlichen Fragen, vor allem von den Nationalliberalen, den konservativen Kreisen des Reichstags, von der Deutschen Fraktion und natürlich vor allem von den Konservativen. Der 9. November aber war der Tag, der allen das Recht gab, demokratisch zu fühlen und vor allem auch sich demokratisch zu betätigen. So haben wir es erlebt, daß die neue Konstituierung der Parteien sich wesentlich auf demokratischer Grundlage abspielte. Alle Parteien, die bisher das Wort „demokratisch“ noch nicht im Munde führten, haben es jetzt aufgenommen. Sie gießen in das Faß ihrer Grundsätze den Inhalt eines großen demokratischen Krüßels. Demnach haben wir in Zukunft, vor allem in den nächsten zwei Wochen damit zu rechnen, daß die Auseinandersetzung unter den Parteien sich unter den Programmpunkten entwickelt, welche auf der einen Seite von den Sozialisten, als den Vertretern internationaler demokratischer Grundsätze, aufgestellt werden, während ihnen die versammelten Demokraten gegenüberstehen. Die Wahlausbeinandersetzung und das Ergebnis des 19. Januars ist also nichts anderes als die Vorbereitung der neuen Staatsform.

Vielmehr stehen die Begriffe Demokratie und Sozialdemokratie in weniger politisch geschulten Köpfen ineinander über. Unter Demokratie verstehen wir aber die weitestgehende Anteilnahme der Gesamtheit des Volkes an den Regierungsgeschäften, während auf der anderen Seite unter Sozialdemokratie man jene politische Gesinnung versteht, welche die Volksherrschaft wohl auch errichten will, aber sie unterordnen will jenem Wirtschaftsleben, das unter Sozialismus ein ganz eigenes Gepräge erhalten wird. In seiner grundsätzlichen Form bedeutet der Sozialismus nichts anderes als die Vergesellschaftung des Nationalvermögens. Das Gesamtvermögen der Nation soll in ziemlich brutaler Form der Verwaltung aller durch Mitbestimmung aller unterworfen werden. Der konsequente Durchgeführte Sozialismus trägt also ganz neue Eigentumsverhältnisse zum mindesten gefährdet er ganz erheblich das Privateigentum. Die Demokratie aber unterscheidet sich gerade darin von der Sozialdemokratie, daß sie vor allem die praktische und ideale Freiheit und Unverletzlichkeit des Privateigentums unterstreicht.

Die neue Staatsform kann nur noch demokratisch sein, da alles andere, auf monarchische Ideen gestützt, durch die gewaltigen historischen Ereignisse verloren gegangen ist. So bestimmt und so eindeutig diese Feststellung ist, so viel Unklarheit herrscht doch noch bei den Anhängern auf beiden Seiten. Viele Sozialdemokraten sehen das Glück des Vaterlandes in einer sozialistischen Republik, ohne zu bedenken, daß solch ein Aufbau ist die Möglichkeit des Bestehens auch nur von fern zeigt, wenn mindestens das gesamte Europa damit vorgeht. Das wird aber nicht geschehen, und das Kapital, das immer international war, wird bald vom deutschen Wirtschaftsmarkt verschwinden und dort zu finden sein, wo es Zinsen trägt. Mit dem Verschwinden des Kapitals und der Unternehmungskraft des Einzelnen in Deutschland bleibt dem deutschen Arbeiter entweder die Auswanderung in ihm wesenfremde Länder oder bisher ungekanntes Elend.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Reichsregierung hat am 30. November 1918 erklärt, daß an den Rechten der Militär- und Unteroffiziere vorläufig nichts geändert werden soll. Die Realisation erklärt, die Wünsche der Unteroffiziere „wohlwollend im Auge zu behalten.“ Diese Wünsche gehen dahin, daß 1. die von der alten Regierung ihnen gegenüber übernommenen Verpflichtungen in vollem Umfang ausreicht erhalten und wirtschaftlich sichergestellt werden, 2. die jüngeren Kameraden, die infolge der ungelärten Verhältnisse zu einem früheren Ausscheiden aus dem Dienst (event. Abstraffung oder Verminderung) gezwungen werden sollten, Schadloshalten werden, 3. den Arbeiter- und Soldatenräten verboten wird, aktive Unteroffiziere, die Kapitulanten sind, gegen ihren Willen zu entlassen.

Rumänien.

(*) Wie aus Paris gemeldet wird, teilte Präfektur dem Pariser Vertreter Rumäniens, Antonescu, mit, daß ein Erlass veröffentlicht werde, der allen in Rumänien geborenen Italienern das Wahlrecht verleiht. Die rumänische Regierung hat ferner durch ein Gesetz die Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten der Bauern bestimmt.

Japan.

(*) Die japanische Gesellschaft Osaka Yusen Kaisha hat eine neue Schiffsflotte über Tokio und Port Said nach London eingeladen. Der erste Dampfer, 7800 Tonnen groß, fuhr von Kobe ab. Dies ist bereits die dritte Linie, nachdem im April die Linien Japan-Marzelle und Bombay-Bombay geschaffen wurden. Die Gesellschaft besitzt jetzt 199 Schiffe mit 452 000 Tonnen.

Unhaltbare Zustände.

Vor einigen Tagen wurde von den Berliner amtlichen Stellen die Zahl der Arbeitslosen auf rund 400 000 geschätzt. Ähnlich liegen die Dinge in anderen Großstädten. In Düsseldorf beziehen zurzeit über 11 000 Personen Arbeitslosenunterstützung; in München stieg die Zahl der Arbeitslosen am 2. Januar von 11 000 auf 15 000, und in Köln beläuft sie sich auf 27 000. Und doch ist diese ungeheure Arbeitslosigkeit, wie auch von amtlicher Seite festgestellt worden ist, nicht lediglich in dem Mangel an Arbeit zu suchen. Denn der Ueberfüllung der Großstädte steht Arbeitermangel in manchen Industriebezirken und vor allem in der Landwirtschaft gegenüber. Zunächst herrscht Arbeitermangel im Bergbau. Zahlreiche größere und kleinere Fabriksbetriebe können nicht arbeiten, weil sie keine Kohle haben. Obgleich für die gesamte Industrie gerade die Vermehrung der Kohlenförderung die dringendste Forderung ist, wird im Ruhrrevier und in Oberschlesien infolge Arbeitermangels und verbreiteter Terrorstimmung die Hälfte der normalen Kohlenmenge gefördert. Der großen Nachfrage nach Arbeitern für die Landwirtschaft steht sozusagen überhaupt kein Angebot gegenüber. Die Kartoffeln stehen zum Teil noch in der Erde, dem Vieh fehlt die Pflege, Getreide bleibt in einer Zeit größter Nahrungsmittelknappheit ungedroschen, Bäume werden nicht gefällt, es fehlt an Bau- und Grubenholz. Besonders ist, daß selbst das Münchener Arbeitsamt offensichtlich feststellen muß, daß die Arbeitsfreudigkeit gering ist. Einige Beispiele mögen die Lage beleuchten: Für den Bau des Walchenferkaskwerks, einer für die bayerische Volkswirtschaft außerordentlich wichtigen Anlage, haben sich mehr Ingenieure als Arbeiter gemeldet. Die große Berliner Straßenbahn sucht 1000 Arbeiter, und trotz der Hunderttausende von Arbeitslosen meldeten sich, wie die sicher unerbäuliche „Welt am Montag“ mitteilt, nur 350. Nach derselben Quelle müssen in der Mark die Zuckerrüben geerntet und Nansen den Betrieb einstellen, weil sie keine Arbeiter haben. In Westpreußen meldeten sich auf die Nachfrage nach 1950 landwirtschaftlichen Arbeitern 100 Inspektoren und keine Arbeiter. Nach den amtlichen Auskunftsstellen der Provinzarbeitsnachweise ist in der Provinz Sachsen und in Anhalt dauernd großer Bedarf an Arbeitskräften in der Landwirtschaft und im Bergbau, ebenso in Thüringen, wo 3210 Bergarbeiter gesucht werden, und in Westfalen, wo 9750 offene Stellen für Bergleute und 500 für landwirtschaftliche Arbeiter vorhanden sind. Außerdem sind dort für 1700 ungelernete Arbeiter offene Stellen vorhanden, ferner für rund 900 Erntearbeiter, 115 Handwerker und Bauarbeiter, 190 Maurer, 130 Heizer. Es muß eine der wichtigsten Aufgaben der neuen, durch die

Nationalversammlung geschaffenen Regierung sein, den schreienden und folgenreichen Gegensatz von Arbeitslosigkeit auf der einen und Arbeitermangel auf der anderen Seite zu beseitigen.

Die Vorgänge in Berlin.

Besserung der Lage.

Die Lage ist infolgedessen auf einem Höhepunkt angelangt, als die Regierung anscheinend entschlossen ist, mit den unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Sie will die Schreckensherrschaft der Spartakisten zertrümmern. Die Verhandlungen mit den Unabhängigen sind endgültig gescheitert. Diese hatten einen Vorschlag unterbreitet, wonach sie bereit seien, die besetzten bürgerlichen Zeitungen räumen zu lassen, dagegen soll der „Vorwärts“ nicht herausgegeben werden. Die Regierung ging auf diesen Vorschlag nicht ein, weil er eine Herausforderung bedeute. Die Nachricht, daß über Berlin der Belagerungszustand verhängt worden sei, ist falsch. Die Regierung hat sich zu diesem Schritt noch nicht verstanden, denn im allgemeinen hat sich ihre Lage gebessert. Es ist ihr gelungen, sich starke Truppenmassen zu sichern, die im Reichsbild von Berlin stehen. In der Stadt haben sich zahlreiche Frontsoldaten der Regierung wieder zur Verfügung gestellt, und viele Reichsheeroffiziere sind bewaffnet worden. Es hat sich ferner eine große Anzahl der Berliner aktiven und Reserveoffiziere zusammengeschlossen und hat sich der Regierung ehrenamtlich verpflichtet. Auch in ein Vorhaben des „Vorwärts“ von Großberlin im Gange, um die Bürger zum Eintritt in die republikanische Volkswache zu veranlassen.

Eine weitere Meldung aus Berlin besagt: Die Spartakisten werden mehr und mehr in die Vertreibung gedrängt. Die Reichsdruckerei ist ohne Verluste von Regierungstruppen wieder erobert worden, ebenso sind die Proviantämter im Tempelhofer und an der Köpenickerstraße wieder im Besitz der Regierungstruppen. Die Siegesallee ist ebenfalls von regierungstreuen Truppen besetzt worden.

Eichhorn's Flucht.

Nachdem der größte Teil der Sicherheitswehr des Polizeipräsidenten sich für die Regierung erklärt hat, hat sich Eichhorn veranlaßt gesehen, zu flüchten. Er soll den Weg nach der dänischen Grenze genommen haben. Ueber die Vorgänge, die zur Absehung und zur Flucht Eichhorns geführt haben, liegt folgende Meldung vor: Die republikanische Soldatenwehr hat sich von dem Polizeipräsidenten Eichhorn losgesagt und der Regierung 14 Kompagnien mit 3500 Mann zur Verfügung gestellt. Es habe eine Versammlung stattgefunden, in der Eichhorns Vorgehen mißbilligt und beschloffen wurde, eine Deputation an die Reichskanzlei zu entsenden. Auch die Berliner Garnisonen haben sich unter dem Druck der zu erwartenden Fronttruppen dazu bequemt, ihre neutrale Stellung aufzugeben und sich auf die Seite der Regierung zu stellen.

Freier Briefverkehr ins besetzte Gebiet.

Das Reichspostamt teilt mit: Nach dem von den Engländern und Belgiern besetzten deutschen Gebiet, insbesondere nach den Städten Köln, Aachen, Solingen, Mülheim am Rhein, Gladbach, Arefeld, Bonn, Düren, Euskirchen, Schleiden, Ralmeby, ferner nach Orten in den Kreisen Aachen-Stadt, Aachen-Land, Eupen, Geilenkirchen, Heinsberg, Jülich und Erftelen sind aus dem unbesetzten Deutschland vorläufig wieder alle Postsendungen, außer Paketen und Zeitungen, zulässig. Die Briefe können verschlossen eingeliefert werden.

Rückkehr unserer Schwerverwundeten.

(b.) Zu den Verhandlungen über die Zurücksicherung der deutschen schwerverwundeten und kranken Kriegsgefangenen aus den Ländern des Verbandes bringt der ausführliche Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spa vom 5. Januar eine erfreuliche Kunde: Der deutsche Vorgesetzte wies darauf hin, wie sehr die quälende Ungewissheit besonders auf die deutschen kranken und schwerverwundeten Kriegsgefangenen drückt, wenn man ihnen nicht eine Aussicht auf Heimkehr vorlegen könne. Der französische Vorgesetzte antwortete: Wenn die Heimkehrförderung unserer Kriegsgefangenen, wie ich hoffe, und wie vereinbart worden ist, gegen den 16. Januar beendet sein wird, sehe ich nicht ein, warum nicht Ihre schwerverwundeten Kriegsgefangenen bis Ende dieses Monats heimgeführt sein sollen.

Vergessene Wahlberechtigte. Aus Kreisen der Schwer-Kriegsbeschädigten ist dem Ruffhäuser-Bund (der deutschen Kriegsverwundten) nahegelegt worden, dafür einzutreten, daß sie das Wahlrecht ausüben können. Der Ruffhäuser-Bund stellt die Forderung, daß Kriegsbeschädigte, die durch die Art ihrer Verwundung oder Verletzung gegenwärtig oder seit ihres Lebens nicht in der Lage sind, bei öffentlichen Wahlen ein Wahllokal aufsuchen zu können, schriftlich ihre Wahlstimmen abgeben können. Zur bevorstehenden Nationalversammlung wird das Wahlgesetz eine Erweiterung in diesem Sinne nicht mehr erfahren können. Der Ruffhäuser-Bund bedauert, daß gerade die Schwerverletzten mit ihrer Stimmenabgabe zur Seite stehen müssen. Die ihm angeschlossenen 32 000 Vereine sind angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß, soweit Wunsch und Möglichkeit sich vereinigen lassen, Schwer-Kriegsbeschädigte durch Wagen und Pflieger zum Wahllokal geführt werden. Eine Erweiterung des Wahlgesetzes wird der Ruffhäuser-Bund beibringen.

Offiziers-Gehälter.

Durch kriegsministerielle Verfügung vom 27. November 1918 ist die Gehaltszahlung der Offiziere wie folgt geregelt worden: Aktive Offiziere erhalten das Friedensgehalt ihres Dienstgrades nach Dienstaltersstufen gestaffelt und den tarifmäßigen Wohnungsgeldzuschuß. Offiziere des Beurlaubtenstandes erhalten dieselben Gehaltsstufen, jedoch nicht nach Dienstaltersstufen. Diese Zahlungsbestimmung der Friedensgehälter nach Eintritt der Demobilisierung bestand bereits vor dem Kriege. In Anbetracht der Teuerungsverhältnisse sind den aktiven Offizieren laufende Teuerungszulagen und Beihilfen bewilligt worden, die wiederum nach Art der Familienstandsverhältnisse gestaffelt sind. Bei Bedarfslage erhalten diese Gehälter auf Grund von Anträgen auch Offiziere des Beurlaubtenstandes. Außerdem erhalten familiäre Offiziere bei dienstlicher Abwesenheit aus dem Standorte die Hälfte der betriebsmäßigen Tagelöhner (Leutnants pro Tag 5 Mark). Die Gehälter für einen Leutnant würden sich, je nach Dienstaltersstufen, wie folgt belaufen:

unverheiratet am Standort von 220—295 Mark, außerhalb von 370—445 Mark;
verheiratet über 25 Jahre, am Standort von 296 bis 391 Mark, außerhalb von 446—471 Mark;
verheiratet mit 1 Kind, am Standort von 315 bis 340 Mark, außerhalb von 465—490 Mark;
verheiratet mit 2 Kindern, am Standort von 335 bis 360 Mark, außerhalb von 485—510 Mark etc.
Hierbei sei noch darauf hingewiesen, daß mit dem niedrigsten Satz von 220 Mark meistens nur junge Offiziere von 18 bis 21 Jahren und unverheiratete Offiziere des Beurlaubtenstandes betroffen werden, denn von drei zu drei Jahren rücken Leutnants des Friedensstandes in eine höhere Stufe auf und bekommen dementsprechend höhere Gehälter.

Vermischtes.

Oba. Das Schicksal der Wolgadeutschen. Einen Brief aus Jülich an der Wolga, der vom 10. 6. dieses Sommers stammt, aber erst jetzt seinen Adressaten erreicht, veröffentlicht Prof. Nabe in der „Christlichen Welt“. Da heißt es: „Ich wollte, ich hätte den Hammer und das Schwert mitgeführt, das uns Deutschen zum allseitigen Los geworden ist. Worte sind hier nutzlos, das zu schildern, was sich hier Wirklichkeit nennt. Unter dem Vorwand der Einführung des Kommunismus ziehen bewaffnete Banden raubend und plündernd durch die Kolonien. Überall werden ungeheure Erpressungen verübt. Viele Ortschaften und Dörfer sind dem Erdboden gleichgemacht, die Einwohner ausgeplündert und von ihrer Scholle verjagt. Unsicherheit wandern Tausende umher, ihres Lebens nicht sicher. Wie das Recht gepflegt wird, mögen ihnen nachstehende Beispiele von tausend anderen erzählen. Die russischen Bauern aus der Nachbarschaft von Schönthal kamen dorthin und verlangten von den Deutschen Getreide und Mehl unentgeltlich. Sie behaupteten, die Deutschen seien auf ehemaligem russischen Boden angelandet und hätten daher kein Recht auf ihr, mit soviel Mühe erworbenes Gut. Die Deutschen weigerten sich, ihr Gut und Gut diesen auszuliefern. Da griffen die Russen zu den Waffen. Da sie auch Maschinenwaffen besaßen, so blieben sie nach kurzem Kampf Sieger. Das ganze Dorf wurde vollständig ausgeplündert. Vieh, Getreide, Landwirtschafts- und Hausgeräte mit fortgeschleppt, obendrein noch eine Kontribution von 500 000 Rubel auferlegt. Schönthal ist völlig ruiniert, seine Bewohner sind Bettler geworden. In Schaffhausen ging es ähnlich zu. Auch hier verlangte von Polak und anderen Ortschaften herbeigekommenes Gesindel von den Deutschen Getreide, ja sogar Frauen und Mädchen sind verlangt worden. Als die Einwohner sich weigerten, den Begierden dieser Mordgesellen zu entsprechen, entbrannte ein heftiger Kampf, der in den ersten Tagen eine völlige Niederlage für das Gesindel brachte. Nur durch niederträchtigen Verrat österreichischer Kriegsgefangener, die sich der roten Garde angeschlossen und sich diesem Gesindel zugesellt hatten, wurden die Deutschen besiegelt, da sie sich auf die Ehrlichkeit der Ausländer verlassen hatten. Die Sieger fielen nun raubend, plündernd und mordend über das Dorf her. Was nicht mitgenommen werden konnte, wurde vernichtet, Weiber und Jungfrauen geschändet. Obendrein wurde noch eine Kontribution von 80 000 Rubel für Schaffhausen und 120 000 für die anderen vier Dörfer auferlegt. Der Schaden von Schaffhausen allein übersteigt 2 000 000 Rubel.“

Die bedrohte Ostmark.

Schönthal. Die polnischen Uebergriffe nehmen immer bedrohlicheren Formen an. Schönthal wurde von den Polen nach heftigem Kampf mit deutschen Truppenteilen des Inf.-Regts. 140 besetzt. Es gab über 100 Tote und zahlreiche Verwundete. Wollstein und Egin sind ebenfalls in die Hand der Polen gefallen.
Schneidemühl. Kolmar, Friedstein und Nehtal sind von den Polen besetzt worden. Die Orte sind von den deutschen Truppen wiederum befreit worden. Der Propst von Kolmar, der der Vorsitzende der polnischen Volksrats ist, ist von den Deutschen gefangen genommen worden. Das deutsche Quartier, von dem aus die deutschen Truppen organisiert werden, ist ebenfalls in die Hand der Polen gefallen.

Locales und von Nah u. Fern.

Flörsheim, den 11. Januar 1919.

— **Die Beerdigung des Wehrmanns Franz Diehl** findet am Sonntag nach dem Nachmittagsgottesdienst statt und nicht um 4,30 Uhr, wie es irrlicherweise in der Todesanzeige hieß.

Sitzung der Lebensmittellkommission vom 29. Dezember 1918.

Punkt 1. Der Vorsitzende Herr Claas eröffnet um 10 Uhr vorm. die Sitzung, und gibt bekannt, daß auf die Eingabe vom 3. 12. 1918 (betr. Erledigung der noch nicht bewilligten Kartoffellieferungen an Versorgungsberechtigte) folgende Antwort eingegangen ist:

An die Lebensmittellkommission Flörsheim.
Keine Gemeinde des Landkreises Wiesbaden, hat ihre Ablieferungspflicht derart vernachlässigt wie die Gemeinde Flörsheim. Sie hat mit 711 Morgen die größte Anbaufläche des Kreises. Bei dem Sonderdurchschnitt von 54 Ztr. je Morgen müßte die Gemeinde Flörsheim nach Versorgung ihrer Selbstversorger, ihrer Versorgungsberechtigten und nach Abzug der Saatkartoffeln noch 11688 Ztr. Kartoffeln an Landgemeinden abliefern. Flörsheim hat nicht nur nichts abgeliefert, sondern sogar noch nicht einmal sich selbst versorgt. Der Kreisausschuß muß immer einem derartigen Verhalten gegenüber jede Verantwortung für die Ernährung der dortigen Bevölkerung ablehnen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
J. B. gez. Schlitt.

Die Kommission kann diese Antwort in Bezug auf Vernachlässigung, Nichtversorgung der hiesigen Bevölkerung, Ablieferung und vor allem die Ablehnung der Verantwortung für die Ernährung der hies. Bevölkerung mit Kartoffeln nicht für gut heißen. Bei dieser erhaltenen Antwort soll es nicht bleiben und dem Lieferungsverband soll eine Antwort dahin ergehen, welche ganz genau nachweist, wieviel Anbaufläche nach Abzug der Frühkartoffeln, nach Abzug des nicht gewerbsmäßigen Anbaues von Kartoffeln, verbleibt. Der Ausfall der Kartoffeln ist auf die schlechte Bearbeitung der Kartoffelfelder durch Ausfall von Kunstdünger, Ausfall des Düngers aus den Geflügelmästereien, Mangel an Saatkartoffeln und die ungünstige Witterung zurückzuführen. Die Angelegenheit ist einer Kommission übergeben, welche Vorschläge für die Erfassung, Verteilung und Sicherstellung von Saatkartoffeln der Lebensmittellkommission in kürzester Zeit unterbreiten soll. Die Lebensmittellkommission richtet an die hies. Bevölkerung die dringendste Bitte, mit den Beständen sparsamst Haushalt führen, da Speise- und Saatkartoffeln für hies. Gemeinde nicht geliefert werden. Schließlich bittet die Kommission keine Kartoffeln, auch die Futterkartoffeln nicht restlos dem Vieh zu verfüttern, da der Anbau der Kartoffeln in diesem Jahre sehr gefährdet ist. Bemerkte sei hier noch, daß die Gemeindeverwaltung 3000 Ztr. zu wenig geteigert bekam gegen das Vorjahr, so daß der augenblickliche Bestand nicht reicht für die Versorgung der Nichtselbstversorger. Wenn hier und da Kartoffelarten entzogen worden sind, und noch weiter entzogen werden, so ist eine Enttückung nicht nötig, denn es geschieht nur in den Fällen, wo der betreffende Haushalt zum größten Teil Selbstversorger mit Kartoffeln ist. Es ist ein öffentliches Geheimnis und keiner wird es mit Beweis widerlegen können, daß fast ein jeder, mag es auf dem Hamsterwege oder durch unrichtige Angabe seiner Ernte sein, mehr Kartoffeln eingeliefert hat, als wie ihm nach der Rationierung zusteht.

Punkt 2. Auf eine Eingabe betr. Freigabe von 30 Ztr. Hafer für Verarbeitung zu Haferkoden geht folgende Mitteilung ein:

An die Lebensmittellkommission Flörsheim.
Zur Eingabe vom 10. Dez. 1918 betr. Verarbeitung von Hafer. Da in allerhöchster Zeit auf den Kopf der Bevölkerung 1/2 Pfd. Haferkoden und 1/2 Pfd. Graupen verteilt werden, so kann dem Antrag nicht entsprochen werden.

J. B. gez. Schlitt.

Inzwischen sind 23 Ztr. Haferkoden eingetroffen, 23 Ztr. Graupen sind bis 5. Januar ds. Js. in Empfang zu nehmen. Die Kommission beschließt, sofort bei Eingang beider Lebensmittel mit je 20 Ztr. durch die hies. Lebensmittellgeschäfte an nicht Selbstversorger zur Verteilung zu bringen. Der Rest von je 3 Ztr. soll zurückgestellt werden da bei jeder Ausgabe von Lebensmitteln auf ärztliche Atteste circa 200 Pfd. erforderlich sind. Die Kommission beschließt fernerhin die Lebensmittel weitgehendst durch die hies. Lebensmittelgeschäfte, welche ihre Steuern und Abgaben vom Geschäft zahlen müssen, zur Verteilung bringen zu lassen.

Punkt 3. Kleiebestellung. Von Seiten der Milchlieferanten sind ca. 20 Ztr. Kleie bestellt worden. Die Bestellung geht dem Kommunalverband unverzüglich zu.

Punkt 4. Milchlieferung. Die Ablieferung der Milch von Massenheim und Weilbach hat beträchtlich nachgelassen. Auch in hies. Gemeinde ist die Ablieferung zum Teil sehr ungenügend und muß auf das schärfste kritisiert werden. Herr Claas hat sich mit dem Milchkontrolleur in Verbindung gesetzt, um mit den Landwirten in Massenheim etc. zu verhandeln und auf eine bessere Ablieferung hinzuwirken. Ein besseres Resultat in der Lieferung war nicht zu erzielen, 1. weil die Milchzentralen Wiesbaden, Frankfurt, Höchst etc. Milchprämien verteilen. Die Landwirte, welche nach Flörsheim liefern, liefern zu gleicher Zeit Milch an andere Zentralen, welche Milchprämien verteilen. Es ist ganz klar, daß der Landwirt seine Milch mit dem größten Teil dahin liefert, welche Milchprämien zahlt. Nach eingeholter Erfindung bei der Milchzentrale

Wiesbaden sind die Prämien wie folgt berechnet und zur Zahlung gelangt. Die Milchprämien werden von den Milchzentralen wie folgt gezahlt:

Bei einer Ablieferung von 2,5—3 Liter pro Kuh und Tag 10 Pfg.
von 3—3,5 Liter pro Kuh und Tag 15 Pfg.
„ 3,5—4,2 „ „ „ „ 20 „
über 4,5 „ „ „ „ 25 „
Weiter eine monatliche Grundprämie von 5—10 Liter 1 Mt.
„ 10—15 „ 2 „
„ über 15 „ 3 „

2. weil die Lieferung von Massenheim und Weilbach eine freiwillige ist.
(Schluß des Berichtes in nächster Nummer.)

Amthliches.

Bekanntmachung.

über den Verkauf und die Höchstpreise von Pferdefleisch.
Auf Grund der Verordnung des Bundesrats zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (R. G. Bl. S. 607), vom 4. November 1915 (R. G. Bl. S. 728), der Bekanntmachung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (R. G. Bl. S. 401) und der Bekanntmachung über Pferdefleisch vom 13. Dezember 1916 (R. G. Bl. S. 1357) nebst den dazu erlassenen Ausführungsanweisungen wird für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden folgendes verordnet:

§ 1.
Die Preise für Pferdefleisch dürfen im Kleinhandel bei der Abgabe an den Verbraucher folgende Beträge nicht übersteigen:
für 1 Pfund Lendenbratfleisch, Leber, Fleischwurst und Fett 1,40 M.
für 1 Pfund Muskelfleisch, ausgenommen Lendenbratfleisch, ohne Knochen 1,20 M.
für 1 Pfund Herz und Eingeweide, Kopffleisch, Hackfleisch und andere geringe Sorten Fleisch, ausgenommen Leber 1.— M.
für 1 Pfund Knochen 10 Pfg.

§ 2.
Unbeschadet der gleichen Befugnis der Bezirksfleischstelle werden die Kommunalverbände ermächtigt, zu bestimmen, daß Schlachtpferdehändler und Köchschlächter die Schlachtpferde an sie oder an von ihnen bezeugte Stellen abgeben. Die gleiche Anordnung können sie treffen, hinsichtlich des ausgeschlachteten Fleisches und der Innereien der Pferde. Die Schlachtpferdehändler und Köchschlächter sind verpflichtet, den Anordnungen unverzüglich zu entsprechen.

Der Uebnahmepreis wird durch den Kommunalverband bestimmt unter Zugrundelegung der in § 1 festgesetzten Höchstpreise mit einem nach Lage des Falles angemessenen Abzuge. In Streitfällen entscheidet über die Festlegung des Preises die Bezirksfleischstelle. Die Abgabe der Ware darf durch die Preisbestimmung nicht aufgehalten werden.

§ 3.
Zu widerhandlungen, gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auch das Fleisch und die Fleischwaren, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden, auch kann Pferdehändlern und Köchschlächtern die Ausweiskarte entzogen werden.

§ 4.
Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Frankfurt a. M., den 9. Dezember 1918.
Bezirksfleischstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden
Wird veröffentlicht.

Wiesbaden, den 17. Dezember 1918.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. B. Schlitt.

Wird veröffentlicht.
Flörsheim, den 10. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.

Bekanntmachung.

betrifft die deutschen Nationalversammlung gemäß § 30 der Wahlverordnung.

Die Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung findet am Sonntag, den 19. Jan., statt. Die Abstimmung beginnt vormittags um 9 Uhr und wird nachmittags um 8 Uhr geschlossen.

Flörsheim ist in zwei Stimmbezirke eingeteilt. Die Grenze der Stimmbezirke bildet die Querstraße vom Main bis zum Friedhof (an der kathol. Kirche vorbei). Der Teil östlich der Querstraße (nach dem Bahnhof zu) gehört zu dem Stimmbezirk Oberflöden. Der Teil westlich der Querstraße (nach Hochheim zu) gehört zu dem Stimmbezirk Unterflöden.

Das Wahllokal für den Oberflöden befindet sich im Schulsaal an der Kirche.

Wahlvorsteher Bürgermeister Laud.

Stellvertreter Kaspar Schuhmacher.

Das Wahllokal für den Stimmbezirk Unterflöden befindet sich in dem Schulsaal in der Grabenstraße.

Wahlvorsteher: Beigeordneter Max Reimer.

Stellvertreter: Johann Laud 3.

Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben; die Personen des Soldatenstandes sind berechtigt an der Wahl teilzunehmen. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist:

1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht
 2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.
- Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens 1 Jahr Deutsche sind. Jeder darf nur an einem Orte und nur in dem Stimmbezirk wählen, in dem er in die Wählerliste eingetragen ist.

Flörsheim, den 10. Januar 1919.
Der Bürgermeister: Laud.

Bekanntmachung.

Wie mir M. l'Administrateur du cercle de Wiesbaden (Campagne) mitgeteilt hat, sollen die Besatzungstruppen das für ihre Versorgung etwa erforderliche Schlachtvieh nicht unmittelbar von Viehhaltern oder Händlern erwerben, sondern durch Vermittelung des Viehhandelsverbandes ankaufen. Alle Anträge auf Ueberlassung von Schlachtvieh sind deshalb an den für den Kreis bestellten Vertrauensmann des Verbandes Josef Levi in Biebrich, Rathausstraße 80 (Fernsprecher Amt Biebrich Nr. 59) zu richten.

Wiesbaden, den 7. Januar 1919.
Der Landrat. J. B. Schlitt.
Wird veröffentlicht.
Flörsheim, den 10. Januar 1919.
Der Bürgermeister: Laud.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch, den 14. Jan., nachm. von 1 $\frac{1}{2}$ —3 $\frac{1}{2}$ Uhr wird im hiesigen Rathaushofe (in der Ausgabe-stelle) Mehl gegen Vorzeigung der Fleischkarten verabfolgt. Es erhalten eine Person 130 Gramm zum Preise von 10 Pfg. usw. bis 12 Personen.

Flörsheim, den 10. Januar 1919.
Der Bürgermeister: Laud.

Bekanntmachung.

In einer Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 7. Jan. ist gesagt:
Der Administrateur du District de Wiesbaden hat gestattet, daß von jeder politischen Partei, welche Wahlvorschläge eingereicht hat, zwei Wahlversammlungen abgehalten werden dürfen. Die Bestimmung darüber, an

welchen Orten die Versammlungen abgehalten werden dürfen, ist Sache des Landrats.
Der schriftliche Verkehr der Wahlbehörden und der politischen Parteien untereinander und mit dem Wahlkommissar in Cassel ist gestattet, muß jedoch durch meine Hände gehen.

Indem ich hiervon Kenntnis gebe ersuche ich, dies unverzüglich in der Gemeinde bekannt zu geben.
i. B. Kohl.

Wird veröffentlicht.
Flörsheim, den 10. Januar 1919.
Der Bürgermeister: Laud.

Butter-Ausgabe.

Die nächste Ausgabe von Butter erfolgt am Montag den 12. Januar v. nachmittags 1 $\frac{1}{2}$ —3 $\frac{1}{2}$ Uhr und zwar gegen Vorzeigung der Fett- und Butter-Ausweisarten. Es entfällt auf den Kopf der Einwohnerschaft 40 Gramm Butter zum Preise von 32 Pfg. Es erhalten

1 Person	40 Gramm zum Preise von 32 Pfg.
1 Fam. mit 2 Pers.	80 " " " " 0.64 Mk.
" " 3 "	120 " " " " 0.96 "
" " 4 "	160 " " " " 1.28 "
" " 5 "	200 " " " " 1.60 "
" " 6 "	240 " " " " 1.92 "
" " 7 "	280 " " " " 2.24 "
" " 8 "	320 " " " " 2.56 "
" " 9 "	360 " " " " 2.88 "
" " 10 "	400 " " " " 3.20 "
" " 11 "	440 " " " " 3.52 "
" " 12 "	480 " " " " 3.84 "

Flörsheim a. M., den 10. Jan. 1919.
Der Bürgermeister: Laud.

Bekanntmachung.

Der Kommunalverband Wiesbaden wird versuchen, wie in den Vorjahren den Bedarf an Saatgut für die Frühjahrspflanzung zu beschaffen.
Eine Gewähr für die Lieferung kann natürlich nicht übernommen werden. Es wird indessen dort alles versucht werden, um das Nötigste an Saatgut hereinzubekommen. Die Landwirte werden ersucht, den Bedarf an Saatgut, von Gerste, Hafer, Sommerweizen, Wicken, Feld- und Gartenerbsen, Feld- und Gartenbohnen

Mais, Frühkartoffeln, Zwiebeln und Kohlsamen bis spätestens 15. ds. Mts. im hiesigen Bürgermeisteramt, Zimmer 5 anzumelden. Die bestellten Mengen müssen natürlich von den Bestellern auch abgenommen werden. Ueber die Preise von Saatgut lassen sich zurzeit bestimmte Angaben nicht machen. Zu den allenfallsigen Höchstpreisen kommen die Ankaufs- und Versand- bzw. Tagespreise hinzu.

Flörsheim, den 10. Januar 1919.
Der Bürgermeister: Laud.

Bekanntmachung.

Der Landrat. Wiesbaden, den 7. Januar 1919.
Die Wahlliste für die Wahlen zur Nationalversammlung ist, sofern es noch nicht geschehen, sofort auf acht Tage (1 Woche und 1 Tag) auszulegen und die Öffentlichkeit vorher unter Hinweis auf die Einspruchsfrist öffentlich bekannt zu machen (§ 9 des Wahlgesetzes).
Einsprüche, die nicht sofort als begründet erachtet werden (§ 4 der Wahlverordnung) sind mir alsbald mit den erforderlichen Unterlagen zur Entscheidung einzureichen.

Wahltag 19. Januar.
Wird veröffentlicht. Die Wahlliste liegt bis einschließlich 13. Januar zur Einsichtnahme auf dem Bürgermeisteramt, Zimmer 6, offen. Einspruch kann nur bis Montag den 13. Januar erhoben werden.
Flörsheim, den 10. Januar 1919.
Der Bürgermeister: Laud.

Wir wollen eine gerechte Steuerpolitik

welche die großen Einkommen und Vermögen stark erfaßt und die kleinen schont.

Wir wollen Erfassung der Kriegsgewinne

(An diesem Krieg darf sich kein Deutscher bereichern haben.)

Wir bekämpfen die Auswüchse des Kapitalismus

in Handel, Industrie und Landwirtschaft.

Männer und Frauen, die Ihr dasselbe wollen, treten ein in die

Deutsche demokratische Partei.

Anmeldungen werden  Obermainstraße 6  entgegengenommen.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute nacht um 12 Uhr, meinen innigstgeliebten, unvergesslichen Gatten, unseren treubesorgten Vater, Grossvater, Bruder, Schwiegervater, Schwager und Onkel, Herrn

Philipp Schuhmacher Stationsschaffner

nach kurzem, schweren Leiden, im Alter von 62 Jahren, wohl-versehen mit den hl. Sterbesakramenten zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Dies zeigen schmerz erfüllt an

Die tieftrauernden Hinterbliebenen

Barbara Schuhmacher Ww. geb. Kohl,
Franziska Müller Ww und Kinder,
Philipp Schuhmacher und Frau,
Anna Schuhmacher.

Flörsheim, den 10. Januar 1919.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag nachmittag 3 Uhr.
Das erste Seelenamt ist Montag vormittag 7 Uhr.

Gegen Husten und Heiserkeit.

Hustensaft für Kinder
fl. Flasche 1.— Mk.
gr. Flasche 2.— Mk.
Hustentropfen für Erwachsene
Flasche 75 Pfg.

Hustentropfen
die Schachtel 1.50 Mk.
(Beste Ersatz für die fehlenden
Karamellen, Bonbons usw.)

Tussin-Hustentee, ein vorzügliches
Heilmittel (kein Jagen, Vorbeugungs-
mittel) bei allen Entzündungen der
Atmungsorgane und katarrhalischen Affektionen der Luftwege.

Das Paket 1.50 Mk.
Herzlich empfohlen!
Apothete zu Flörsheim

Danksagung.

Für die so außerordentlich zahlreichen Beweise der Teilhabe bei dem unverhofften Tode u. der Beerdigung unseres lieben unvergesslichen Sohnes, Bruders, Schwagers und Neffen

Musketier

Josef Adolf Hart

sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden, und Bekannten unseren tiefgefühltesten Dank. Ganz besonderen Dank sagen wir den Kameraden und Kameradinnen des Verstorbenen, der werten Nachbarschaft sowie allen, welche uns bei dem betroffenen schweren Verluste helfend u. tröstend zur Seite standen.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

i. d. N.

**Familie Adolf Hart
Familie Adam Elwin**

Flörsheim, den 10. Januar 1919.



Bergnügungsverein „Edelweiß“, Flörsheim.

Todes-Anzeige.

Pflichtgemäß setzen wir unsere Mitglieder von dem am 2. Januar d. Js. erfolgten Tode unseres Ehrenmitglieds

Wehrmann Franz Diehl

in Kenntnis. Der Dahingegangene gehörte unserem Verein seit Gründung an und hat sich um die Förderung unserer gesteckten Ziele allzeit ausserordentlich verdient gemacht. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren! Die Beerdigung findet am Sonntag nach dem Nachmittagsgottesdienst statt. Zusammenkunft der Mitglieder um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Mitglied Peter Hartmann (Scharfes Eck). Es ist Pflicht eines Jeden, zu erscheinen.

Der Vorstand.

& Der „Unabhängige sozialdemokratische Wahlverein“ hält am Sonntag, den 12. ds. Mts. im Saale zum Hirsch eine öffentliche Wählerversammlung ab. Beginn der Versammlung 1 1/2 Uhr, direkt nach der Kontrollversammlung. Wir verweisen auf das Inserat in heutiger Nummer.

Bekanntmachung.

Auf Befehl der Stappentkommandantur findet hier am 12. ds. Mts. vormittags 12 Uhr im Hofe der Riedschule eine Kontrollversammlung statt.

Es haben zu erscheinen:

Alle Mannschaften die am 1. 8. 1914 das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten bis einschließlich Jahrgang 1900.

Nichterscheinen wird streng bestraft.

Flörsheim, den 8. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Laud.

Katholischer Gottesdienst.

1. Sonntag nach Erich. des Herrn. 1.30 Uhr Andacht. Darnach Beerdigung des Franz Diehl. 3 Uhr Beerdigung des Ph. Schuhmacher.

Montag, 6.30 Uhr 1. Seelenamt f. Fr. Diehl. 7 Uhr 1. Seelenamt für Ph. Schuhmacher.

Dienstag, 6.30 Uhr 2. Seelenamt f. A. M. Dienst. 7 Uhr 1. Seelenamt für J. Adolf Hart.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, den 12. Januar.

Beginn nachm. 2.15 Uhr. (neue Zeit.)

Katholischer Gottesdienst in Eddersheim.

Sonntag, nachm. Christenlehre und Andacht.

Montag, gest. Seelenamt für A. M. Schmelz und Eltern.

Dienstag, gest. Seelenamt für Lorenz Steindreich und Familie.

Geschäfts-Uebnahme.

Unserer werten Kundschaft, sowie der geehrten Einwohnerschaft von Flörsheim mache hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich von heute ab, die bisher von meinem Vater, Herrn Claudius Siegfried

Grabenstraße Nr. 49.

betriebene

Schuhmacherei

übernommen habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, mir das bisher meinem Vater in so reichem Maße bewiesene Vertrauen und Wohlwollen auch fernerhin zu erhalten und werde mich bemühen, den Wünschen der geehrten Kundschaft nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Hochachtungsvoll

Ignaz Siegfried
Schuhmachermeister.

Anmeldungen

zu dem am 15. ds. Mts. beginnenden französischen Vorunterrichtskursus werden noch entgegengenommen bei Herrn Karl Haber, Schustergasse 8.

Baguley,
Flörsheim.

Krankenzuschußkasse „Eintracht“.

Sonntag, den 9. Februar 1919,

nachmittags 1 1/2 Uhr

findet die ordentliche

Mitgliederversammlung im Rathhäuserhof statt.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Bericht des Kassierers und des Rechnungsprüfers.
3. Wahl des Vorstandes, des Rechnungsprüfers, des Krankenbesuchers und des Schiedsgerichtes.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Sollte die 1. Versammlung nicht beschlußfähig sein, findet eine halbe Stunde später die zweite statt.

Oeffentl. Wähler-Versammlung!

am Sonntag, den 12. Januar 1919

nachmittags 3.30 Uhr

im Saale „zum Hirsch“

Herr Syndikus Dr. Schweizer,

Schierstein

wird sprechen über das Thema:

„Die Forderungen der deutschen Demokratischen Partei!“

Alle Wahlberechtigten sind hierzu eingeladen.

Ortsgruppe Flörsheim

der

deutschen Demokratischen Partei.

Jugendliche unter 20 Jahren haben keinen Zutritt.

PHILIPP FRANK, Dentist

Wickererstr. 9 Flörsheim Telefon 64.

künstl. Zahnersatz, Brücken, Kronen, Stützähne

Sprech- für Zahnleidende

stunden an Wochentagen: von 1-6 Uhr

Sonntags: „ 9-2 „

Sozialdemokrat. Partei Deutschlands

Filiale Flörsheim a. M.

Nachdem sich der hies. lokale sozialdemokratische Verein in Anhänger der Mehrheitspartei und Unabhängige Sozialdemokraten gespalten hat, fordern wir sämtliche Genossen, welche auf dem Boden der Mehrheit stehen hiermit auf, sich der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ wieder formell anzuschließen. Diesbezügliche Erklärungen nehmen entgegen die Parteimitglieder

Andreas Schwarz,

Adam Kilt,

Kaspar Müller,

Eduard Seil.

Der Vorstand.

Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Arbeitende Bevölkerung

Flörsheims!

Sonntag, den 12. Januar 1919,

nachmittags 1.30 Uhr,

findet im

„Saale zum Hirsch“

eine

Oeffentliche

Wähler-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung: Die Wahlen zur Nationalversammlung

Jungfrauen! Frauen und Männer Flörsheims erscheint in Massen!

Der Einberufer: Heimich Theis.

Erteile

französisch. Unterricht, Nachhilfe und Vorbereitungskursen

für Schüler, die Oftern auf höhere Schulen wollen. Wer, sagt die Expedition.

Geschäfts-Empfehlung.

Der geehrten Einwohnerschaft von Flörsheim um Umgehend mache ich hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich von jetzt ab meine

Spenglerei und Installationsgeschäft wieder betreibe und empfehle mich ganz besonders zur Ausführung von

Installation elektrischer Neuanlagen und aller Reparaturen.

Gute und schnelle Bedienung zusichernd, halte ich mich bei Bedarf bestens empfohlen.

Heinrich Hochheimer,

Spenglerei und Installation

Flörsheim. Hauptstraße 47.

Kameraden 1881. Morgen, Sonntag, nach dem Nachmittagsessen wird unser lieber Kamerad Franz Diehl zur Ruhe bestattet. Die Kameraden werden gebeten, an dem Geleitzuge teilzunehmen und zwecks einer Aussprache (bei der Beerdigung) sich bei Franz Brechheimer im Frankfurt Hof etwas zeitiger einzufinden.

Küchenhände - Arbeits-hände

werden samtweisch und zart durch

Mia - Vera - Creme

Tube 1.20 Mk.

Hilft über Nacht! Besser als das

fehlende Glycerin!

Apothek zu Flörsheim.

Gesang-Bücher

sind zu haben bei

Andr. Jost, Eddersheim

Bankhaus Kronenberger & Co.

Kommandite der Deutschen Vereinsbank

Mainz

Bad Kreuznach

Zuverlässige u. streng verschwiegene Erledigung aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten.

Persönliche, sachgemäße Beratung.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Gute Anlagswerte stets vorrätig.

Annahme von Bareinlagen.

mit und ohne Kündigung bei günstiger Verzinsung.

Führung provisionsfreier Scheck-Konten

zur Hebung des bargeldlosen Verkehrs.

Aufbewahrung u. Verwaltung v. Wertpapieren.

Vermietung von Schrankfächern

in unseren Stahlkammeranlagen zur Selbstverwaltung v. Wertpapieren unter dreifachem eigenen Verschluss des Mieters.

Nachlass- und Vermögensverwaltung.

Elsässische Bankgesellschaft

Aktienkapital

Mk. 20.000.000.

FILIALE MAINZ,

Formruf

Nr. 52 und 91.

Verzinsung von Spargeldern zu günstigsten Zinssätzen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Ausführung sämtlicher in das Bankfach einschlagender Geschäfte.

Verschwiegenheit und zuverlässigste Erledigung aller

Angelegenheiten.